



Johannes Kahrs zu Gast: Was kann der Bund für Hamburg tun?

Unter diesem Motto hatte die GdP Hamburg den Bundestagsabgeordneten und Sprecher der SPD-Fraktion im Haushaltsausschuss des Bundestags, Johannes Kahrs, eingeladen.

Dabei standen sowohl die Aktivitäten zur Stärkung der inneren Sicherheit auf Bundesebene als auch die aktuelle Situation in Hamburg im Fokus der angeregten Diskussion.

Mittel für die Bundespolizei

Lange wurde im öffentlichen Dienst gespart, bis festgestellt wurde, dass die Schraube überdreht worden war. Es wird seit 2015 in funktionale Ausstattung investiert, dann in mehr Personal bei der Bundespolizei durch massive Stellenschaffungen investiert. Diese werden in den Einsatzhundertschaften eingesetzt. Darüber hinaus werden 3000 Stellen für den Einzeldienst geschaffen sowie weitere Stellen in die Aus- und Fortbildung gegeben.

Dazu erfolgen weitere Hebungen bei der Bundespolizei als Strukturprogramm sowie in Ausstattungen. Stellenschaffungen erfolgen vor der aktuellen Terrorismusdiskussion auch beim BKA sowie den Diensten. Der Dreisatz dabei ist klar: neue Stellen schaffen, Entfristen und freie Stellen besetzen.

Spannungsfeld Polizeien der Länder

Die Strukturen der Polizeien der Länder sind grundsätzlich sinnvoll, dennoch sollten gemeinsame Möglichkeiten in der Beschaffung, z. B. von Einsatzmitteln wie Fahrzeuge und Funkgeräte, besser und intensiver genutzt werden. Die Mittel für

die Länderbereitschaftspolizeien durch den Bund sind von 12 Mio. auf 19,8 Mio. Euro in 2017 angehoben worden. Dabei ist festzustellen, dass Rückmeldungen der Länder über die Verwendung dieser Mittel und weiterer Mehrbedarfe bislang nicht durchgängig vorhanden sind.

Besonders hervorzuheben ist die Aktivität der GdP im Bereich der Bundespolizei, die durch ihr Engagement und die Verdeutlichung der Forderungen nach mehr Perso-

nal und besserer Ausstattung mit qualifizierten Informationen und Fakten hinterlegt hatten. Das Ziel sollte für die Länderpolizeien sein, auf Ebene der GdP-Bundesfachausschüsse eine Forderungslage für die Bereitschaftspolizeien der Länder für Verbesserungen der Ausstattung aufzustellen und deren Finanzierungsnotwendigkeit gegenüber dem Bund zu verdeutlichen.

Fortsetzung auf Seite 2



Johannes Kahrs, Mitglied des Deutschen Bundestags und haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, und Gerhard Kirsch, Landesvorsitzender der GdP Hamburg.

TARIFVERHANDLUNGEN

Ergebnis erzielt

Nach intensiven Verhandlungen wurde am 18. Februar ein Ergebnis erzielt. Dass dies in seiner Höhe und Ausgestaltung nicht allen Betroffenen „schmeckt“, ist nachvollziehbar. Dies wird aber nicht dem Engagement aller gerecht, die sich im Rahmen der Verhandlungen und der vielen Aktionen beteiligt und der Forderung der Gewerkschaften Nachdruck verliehen haben. Die Übernahme des Tarifergebnisses für die Hamburger Beamtinnen und Beamten wurde seitens des DGB gegenüber dem Ersten Bürgermeister Olaf Scholz angemahnt, nach derzeitigem Stand wird dies abzüglich der Versorgungsrücklage von jeweils 0,2% im Herbst rückwirkend erfolgen.

Ergebnisse im Einzelnen

- Rückwirkend zum 1. Januar 2017 werden die Entgelte um 2 Prozent erhöht, mindestens 75 Euro bis zu einer Einkommenshöhe von 3200 Euro.
- Zum 1. Januar 2018 werden die Entgelte um 2,35 Prozent erhöht.
- Eine neue Stufe 6 in der EG 9 bis EG 15 wird geschaffen, indem der Betrag der Stufe 5 um 1,5 Prozent ab 1. Januar 2018 und um weitere 1,5 Prozent zum 1. Oktober 2018 erhöht wird.
- Die Entgelte der Auszubildenden werden rückwirkend zum 1. Januar 2017 um 35 Euro erhöht.
- Ab 1. Januar 2018 werden die Entgelte der Auszubildenden um weitere 35 Euro erhöht (30 Euro Anhebung der Entgelte plus 5 Euro Lehrmittelzuschuss).

- Die Übernahmeregelung wird verlängert. Ebenso wurde ein Tag mehr Urlaub durchgesetzt.
- Über die weiteren Verhandlungen zur Entgeltordnung der Länder verständigten sich die Tarifparteien auf eine Prozessvereinbarung. Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 24 Monate bis zum 31. Dezember 2018. Damit gibt es keine Leermomente.

Jörn Clasen



POLITISCHE DISKUSSION

Fortsetzung von Seite 1

Hamburger Ausbildungs-offensive für die Polizei

Der Landesvorsitzende Gerhard Kirsch skizzierte anschließend die aktuelle Situation in Hamburg. „Was wir jetzt erleben, ist identisch mit den Entwicklungen im Bund.

Wir benötigen jedoch schnellstens eine Lösung hinsichtlich der Räumlichkeiten für die AK, es bietet sich derzeit der Campus Nord in der Hebebrandstr., der leersteht, an und kann mit geringen Mitteln zur Verfügung gestellt werden.“

Gerhard Kirsch weiter: „im Wettkampf um die geeigneten Bewerber haben wir ein strukturelles Problem, denn Hamburg ist zu teuer. Erschwernisse werden nicht genug honoriert, das Problem der gestrichenen Erschwerniszulage für Samstagvormittag konnte nicht gelöst werden.

Es muss zielgerichteter mit diesem Problem umgegangen werden, hier sind viele Gespräche mit Innen- und Haushaltspolitikern der Koalitionen notwendig.“

Rente und Bürgerversicherung

Weitere Themen in einer lebendigen Diskussion war die aktuelle Situation in der Rentenversicherung sowie die Bürgerversicherung Gesundheit.

Dabei ist das Rentensystem ein gutes System, das in einem internationalen Vergleich attraktiv ist. Leider interessiert es nicht die wirklich Betroffenen. Eine Stabilisierung kann jedoch nur erreicht werden, wenn mehr eingezahlt und sogenannte Haltelinien eingebaut werden.

Eine Diskussion über eine Bürgerversicherung „Gesundheit“, die alle Berufstätigen umfasst, muss vor den Schwierigkeiten im Gesundheitswesen mit steigenden Kosten und einer auseinanderklappenden Schere zwischen gesetzlich und privat Versicherten weitergeführt werden.

Für die Teilnehmer dieser Veranstaltung war es interessant, dabei ist jedoch klar: „jeder macht seine Arbeit dort, wo er auch zuständig ist“, so Johannes Kahrs. **Jörn Clasen**



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: Landesbezirk Hamburg

Geschäftsstelle:
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
Telefon (0 40) 28 08 96-0
Telefax (0 40) 28 08 96-18
E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag 8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag 8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion:
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49
22297 Hamburg
E-Mail: joernclasen@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 39 vom 1. Januar 2017

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6438





Polizeisozialwerk

Hamburg GmbH

Eine Gründung der Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hamburg



QUEEN MARY 2 STARS AT SEA MIT DAVID GARRETT

29. OKTOBER – 3. NOVEMBER 2017 • 5 NÄCHTE • M740



BEI DIESER REISE INKLUSIVE:

- ✓ Vollpension an Bord mit 24-Stunden-Kabinen-/Suitenservice
- ✓ Eine Flasche Sekt/Champagner zur Begrüßung auf der Kabine/Suite
- ✓ Getränkestationen mit Kaffee, Tee, Wasser und Säften (24 Stunden verfügbar)
- ✓ Vielseitiges Kurs- und Vortragsangebot
- ✓ Dresscode: smart casual
- ✓ Livekonzert mit David Garrett

Landausflüge mit deutschsprachigen Reiseleitern hinzubuchbar



**Premium Preis pro Person
ab/bis Hafen,
Innenkabine ab**

€ 990,-

Interesse?

Dann kontaktieren Sie uns:

Polizeisozialwerk Hamburg GmbH
Hindenburgstr. 49, 22297 Hamburg
Tel.: 040 / 28 08 96 23 Fax: 040 / 28 08 96 27
E-Mail: psw-reisen-hamburg@gdp.de



Beamtenbesoldung 2017: Der hausgemachte Flickenteppich – Große Unterschiede zwischen den Bundesländern

Wie viel ein Beamter verdient, hängt nicht nur davon ab, was er macht, sondern auch davon, wo er arbeitet. Ein Lehrer etwa verdient in Berlin mehrere Tausend Euro im Jahr weniger als in Bayern. „Mit dieser Besoldung nach Kassenlage muss endlich Schluss sein“, fordert die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack.

Grundsätzliches

Bund, Länder und Kommunen – sie sind Arbeitgeber und Dienstherrn von rund 2,47 Millionen Arbeitnehmern/-innen und 1,63 Millionen Beamten/innen, deren Aufgabenfelder vom Bildungswesen über die Finanzverwaltung bis hin zur öffentlichen Sicherheit und sozialen Sicherung reichen.

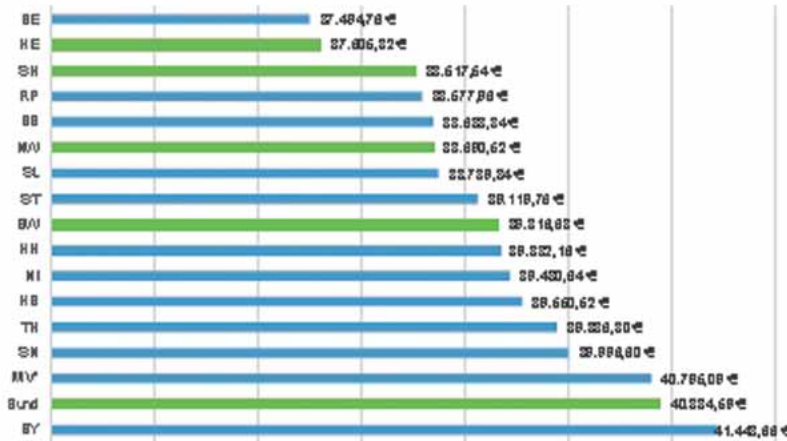
Einer der wesentlichen Unterschiede zwischen beiden Statusgruppen liegt in der Art ihrer „Entlohnung“. Das Einkommen der Arbeitnehmer/-innen richtet sich nach dem zwischen Arbeitgeberseite und den DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW, GdP und IG BAU ausgehandelten Tarifvertrag. Die Besoldung der Beamten/-innen hingegen wird einseitig vom Gesetzgeber festgelegt. Bis zur Föderalismusreform 2006 geschah dies durch den Bund für alle Bundes-, Landes- und Kommunalbeamten/-innen einheitlich. Dabei war es stets geübte Praxis, das zuvor ausgehandelte Tarifiergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten/-innen zu übertragen. Vor nunmehr zehn Jahren ist diese Zuständigkeit in Bezug auf die Landes- und Kommunalbeamten/-innen auf die Länder übergegangen. Sie bestimmen nunmehr wieder über deren Besoldung und nutzen oftmals ihre gewonnene Rechtssetzungskompetenz, um einen besonderen Beitrag der Beamten/-innen für die Haushaltskonsolidierung abzuschöpfen. Das Ergebnis: Während bis 2006 ausschließlich zwischen Ost- und Westdeutschland differenziert wurde, unterscheiden sich mittlerweile die Bezüge von Dienstherr zu Dienstherrn teils erheblich.

Der DGB-Besoldungsreport veranschaulicht diesen Ist-Zustand am Beispiel der Besoldungsgruppen A 7, A 9 sowie A 13. Damit offenbart der DGB die Folgen einer Besoldungspolitik nach Kassenlage.

DGB-Besoldungsreport veröffentlicht

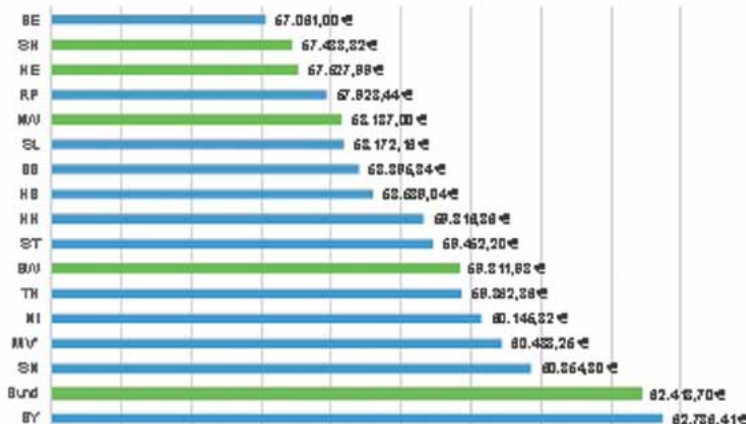
Anders als für Arbeitnehmer können Gewerkschaften für Beamte keine Tarifverträge abschließen. Wer im Staatsdienst beschäftigt ist muss sich darauf verlassen, dass sein Dienstherr die Abschlüsse, die im öffentlichen Dienst erzielt wurden, entsprechend überträgt. Doch nicht alle Länder tun das 1:1, nicht alle tun das sofort. Die Folge: Selbst innerhalb derselben Be-

Abbildung 5: A 9-Jahresbruttobesoldung 2017 bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



*Summe aus 12x1 Grundgehalt Endstufe, allg. Sozialzulage/Seitenszulage, Sonderzahlung/BJ; eigene Berechnungen DGB BfV, Abz. O/E; Stand: Februar 2017. Hackenburger/Verfahren nach der Höhe der SZ für 2017 noch nicht festgelegt.

Abbildung 6: A 13-Jahresbruttobesoldung 2017 bei Annahme einer 40h-Woche in Euro*



*Summe aus 12x1 Grundgehalt Endstufe, allg. Sozialzulage/Seitenszulage, Sonderzahlung/BJ; eigene Berechnungen DGB BfV, Abz. O/E; Stand: Februar 2017. Hackenburger/Verfahren nach der Höhe der SZ für 2017 noch nicht festgelegt.



DGB-BESOLDUNGSREPORT 2017

soldungsgruppe gibt es zwischen den Bundesländern große Einkommensunterschiede. Am besten zahlt der Bund, Schlusslicht ist Berlin. Das zeigt der aktuelle DGB-Besoldungsreport.

Bund top, Berlin flop

Er verdeutlicht auch in diesem Jahr, dass über Deutschland ein „Besoldungsflickenteppich“ liegt. Die finanziellen Unterschiede zwischen den 17 Dienstherren sind weiterhin gewaltig. Wie schon in den Vorjahren trägt das Bundesland Berlin bei allen Besoldungsgruppen der Besoldungsordnung A die rote Laterne, während der Bund 2017 die Position des Spitzenreiters zurückerobert hat. Die Einkommen innerhalb einzelner Besoldungsgruppen liegen bis zu rund 13% auseinander. Zudem auffällig:

Viele der Dienstherren besolden in den einzelnen Besoldungsgruppen weit unter dem landesweiten Durchschnitt.

Staatsdienst wird immer unattraktiver

Die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Elke Hannack, kritisiert die Besoldungsstrategien der Dienstherren. „Von der Nullrunde über die zeitlich verschobene Anpassung entsprechend des Tarifergebnisses bis hin zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung – alles ist dabei. Mit der Besoldung nach Kassenlage muss endlich Schluss sein, denn damit büßt der öffentliche Dienst weiter an Attraktivität ein und kann sich kaum für künftige Herausforderungen wappnen. Schon heute fehlt qualifiziertes Personal in einer Größenord-

nung von bis zu 110 000 Beschäftigten.“

Besoldungspolitik gefährdet Wettbewerbsfähigkeit

„Der Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt ist zu hoch, als dass sich die öffentlichen Arbeitgeber eine solche Besoldungspolitik leisten könnten“, so Hannack weiter. „Gerade wenn es um Spezialisten geht, etwa im Bereich der IT-Sicherheit, kann der öffentliche Dienst kaum noch mithalten, da die Verdienstaussichten schlechter sind als in der Privatwirtschaft.“

Quelle: DGB

AKADEMIE

Einstellungsoffensive darf nicht scheitern!

Die Einstellungsoffensive kam spät – aber später ist besser als nie. Sie traf die Hamburger Polizei im Wesentlichen vollkommen unvorbereitet. Die Kapazitäten des Polizeiausbildungszentrums werden bei einer zu erwartenden Zahl von rd. 1300 Anwärterinnen und Anwärtern in der AK 3 und AK 4 bei Weitem nicht ausreichen.

Auch die geplante Aufstockung des Polizeitrainingszentrums (PTZ) wird mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zeitgerecht zu realisieren sein. Abgesehen davon platzt die Kantine bereits heute aus allen Nähten, von den Umkleide- und Duschköglichkeiten mal ganz abgesehen. Vertreter der GdP haben sich das Gelände und den Gebäudekomplex des Campus Nord in der Hebebrandstraße angesehen, eine Örtlichkeit, die bereits als Alternativstandort der Akademie in der Diskussion ist.

Dieser Standort würde die Option bieten, die großen Probleme (Unterbringung, Hörsäle, Kantine, sanitäre Ausstattung, Arbeitsplätze) mit einem Schlag zu lösen. Die Zeit drängt und deshalb fordert die GdP die politisch verantwortlichen Entscheidungsträger auf, das zu tun, wofür sie da sind:

Endlich auch Entscheidungen zu treffen!!

Der Landesvorstand

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hamburg haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Hamburg zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de

www.VDPolizei.de



Dresden – Vom ehemaligen Elbflorenz zum Silicon Saxony

In Kooperation mit „Arbeit und Leben Hamburg“ bieten wir Euch das o. g. Seminar an.

Von der barocken Stadt sind nur mehr Reste, Überbauungen und Erinnerungen übrig. Restaurierungen und Rekonstruktionen lassen einen Glanz von Elbflorenz durchscheinen. Doch Silicon Saxony, als Metapher für Dresdens wichtige Rolle in der Spitzentechnologie, steht für die moderne Stadt.

13. bis 17. November 2017

Nach den massiven Zerstörungen des II. Weltkrieges hat sich die Stadt neu erfunden und noch einmal nach 1990. Wir folgen diesen Spuren der Stadtkonstruktion, schauen in Vergangenheit und Gegenwart, beschäftigen uns mit den heute immer wieder aufkommenden geschichtsrevisionistischen Blicken auf die Bombenangriffe vom 13. bis 15. Februar 1945, aber unser Interesse gilt natürlich im Besonderen der heutigen, modernen Stadt, der politisch und gesellschaftlichen Verfasstheit und dem Kultur- und Bildungsstandort. Auch Pegida wird uns beschäftigen müssen.

Die Teilnehmer werden in dem Hotel „Leonardo“ (in DZ) in Dresden untergebracht sein. Einzelzimmer stehen gegen einen Aufpreis zur Ver-

fügung. Die Anreise erfolgt in Eigenregie! Es bieten sich Fahrgemeinschaften an, wie auch schon in den letzten Jahren nach Weimar oder Leipzig. Die Kosten betragen pro Teilnehmer/-in voraussichtlich 210 Euro (für Nichtmitglieder 310 Euro), wobei der Teilnahmebetrag 75 Euro beträgt und die restliche Summe sind die anfallenden Programmkosten. Das Seminar ist selbstverständlich sonderurlaubsfähig gem. HambSUrlR Nr. 6.

Anmeldungen ab sofort über unsere GdP-Geschäftsstelle (Tel.: 0 40-28 08 96-0 oder E-Mail: gdp-hamburg@gdp.de) bei unseren Kolleginnen Antonia Benns oder Steffi Orgel. Das Seminar wird von Klaus-Peter Leiste geleitet und als Referent wird uns Michael Grill begleiten.

Im Oktober 2017 wird noch ein Vorbereitungstreffen zum Seminar stattfinden.

Der Landesbezirksvorstand

PERSONALSERVICE

Was macht eigentlich PERS 42?

Jörg König zu Gast in der Mitgliederversammlung der GdP-Senioren.

Am 14. Februar war Jörg König unserer Einladung in die Mitgliederversammlung gefolgt, um seine Dienststelle PERS 42 einmal vorzustellen.

Hinter dem nüchternen Begriff PERS 42 versteckt sich eine Menge Rückhalt für die Bediensteten und ehemaligen Mitarbeiter der Hamburger Polizei, nämlich Soziales und Fürsorge. Sie ist bei schweren Schicksalsschlägen und in schwierigen Lebenssituationen wie Krankheit, Sterbefall, Trennung, Schulden pp. Ansprechpartner.

Sie ist auch Vermittler u. a. zum Sozialtherapeutischen Dienst, den Schwerbehindertenvertretern, den Psychologen, den Polizeiseelsorgern. Im Hintergrund steht die Soziale Hilfskasse mit ihren vielen Mitgliedern und der Möglichkeit, bei in finanziell in Not geratenen Mitgliedern und nach eingehender Prüfung Geld vorzustrecken.

PERS 42 hat auch eine beratende Funktion, sie unterstützt bei Sterbefällen die letzte Dienststelle, gibt Auskunft über Sterbegeld, Witwen- und Waisengeld, über Vorsorgevollmachten, notwendige Versicherungen, Versorgungsausgleich pp., wobei immer die Vertraulichkeit bewahrt bleibt und stets an kompetente Ansprechpartner

verwiesen wird. Auch interne Wohnungsangebote steuert die Dienststelle und stellt sie im Intranet ein.

Ein weiteres Angebot von PERS 42 ist die Aus- und Fortbildung. Für die aktiven Beschäftigten wird Unterricht z. B. zum Beamtenversorgungsrecht, Regelungen des Vorruhestandes, Hinweise zu Anwartschaften in der PKV zur notwendigen Ergänzung der Beihilfe im Ruhestand etc. gegeben.

Zum anstehenden Ruhestand bietet PERS 42 eine eintägige Aus- und Fortbildung zu den Themen Beihilfe, Versorgung, Vorsorge, Möglichkeiten des Hinzuverdienens im Ruhestand, Ehrenämter, Struktur der gewonnenen Zeit an. Zu Ende des Referates war noch Gelegenheit, dem Kollegen Jörg König Fragen zu stellen, was die Senioren gern in Anspruch nahmen.

Anschließend folgten durch unseren stellvertretenden Vorsitzenden Horst Kruse gewerkschaftliche Themen. Er teilte u. a. den Sachstand zu den aktuellen Tarifverhandlungen und den Streiks mit und sprach noch einmal den Anmeldeschluss der Delegiertenwahlen für den Landesseniorenbeirat an.

Unterstützung für die Betreuung der Kollegen aus den anderen Bundesländern wird für den G20-Gipfel im Juli gesucht. Wer Zeit und Lust dazu hat, möge sich in der Geschäftsstelle melden. Mir selbst hat es beim OSZE-Treffen im Dezember 2016 viel Spaß gemacht.

**Gundula Thiele-Heckel,
Seniorenvorstand**

Anzeige

**Notdienst der
Glaser-Innung Hamburg**
für alle Hamburger Bereiche

**Glaser-Notdienst
Tel. 830 06 60**

Firmenungebundene
Auftragsannahme





SENIORENARBEIT

Das „Bohren dicker Bretter“

Die Mitwirkungsrechte und Mitwirkungsmöglichkeiten Älterer (60+) wurden mit dem Inkrafttreten des HmbSenMitwG im Oktober 2012 verbindlich festgeschrieben. Die danach folgende erste vierjährige Amtsperiode war im März 2017 abgelaufen. Eine angemessene und informatorische Rückblende soll dieser Artikel nicht leisten. Dies bleibt den vom Landessenorenbeirat (LSB) und von den sieben Bezirksseniorenbeiräten (BSB) zu erstellenden Tätigkeitsberichten vorbehalten. Sie werden zeitgerecht ab Mai 2017 vom LSB auf der dortigen Webseite komplett eingestellt und können dann von jedem Interessierten gelesen werden.

Zusammenfassend hat durch die gesetzliche Legitimierung der Seniorenvertretung die Ausübung dieses Amtes eine strategisch neue Bedeutung erlangt. Es kann festgestellt werden, dass nun eine echte Lobbyarbeit für Senioren möglich wurde.

Die Ermittlung und Vermittlung der Interessen und Bedarfe von Senioren z. B. durch

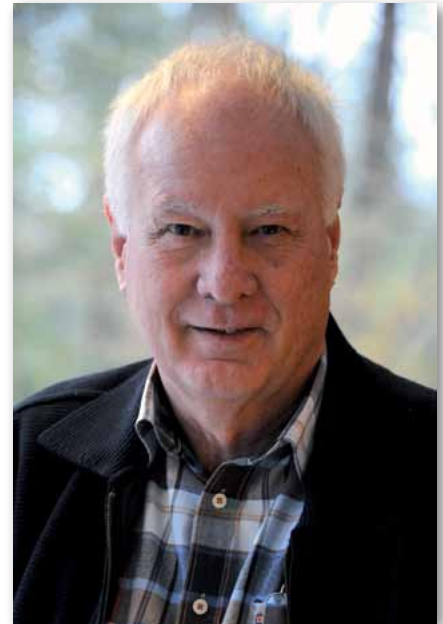
- Kooperation mit Bezirksämtern, Teilnahme an bezirklichen Ausschusssitzungen mit Rederechten (auch in nicht öffentlichen Teilen der Sitzungen) sowie an Sitzungen anderer relevanten Gremien,
- Durchführung eigener Projekte (z. B. Seniorentage zu aktuellen Schwerpunktthemen),
- Unterstützung und Gewährleistung einer eigenständigen Mobilität bis ins hohe Alter,
- Mitwirken bei der Entwicklung von Konzepten für Wohnen im Alter und bei der Integration von älteren Mitbürgern mit Migrationshintergrund,
- bei der Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe (Inklusion) und der Barrierefreiheit,
- Information und Unterstützung von Wohn- und Hausbeiräten in Seniorenwohnanlagen,
- Erarbeiten von Stellungnahmen und Vorschlägen zur Verbesserung der Situation älterer Menschen in den Bezirken,

- Abhalten von Sprechstunden für Senioren und Seniorinnen in den Bezirken

hat den ehrenamtlich handelnden Beiratsmitgliedern ein interessantes und überwiegend befriedigendes Betätigungsfeld gegeben.

Es wurden in den zurückliegenden vier Jahren nicht alle angefassten Themenbereiche zufriedenstellend gelöst. Schnelle Erfolge sind leider selten. In Teilbereichen wurden jedoch auch kurzfristige Lösungen erreicht (näheres dazu in den jeweiligen Tätigkeitsberichten). Eine zukünftig noch erfolgreichere Seniorenarbeit kann aus der Erfahrung der zurückliegenden Amtsperiode nicht nur durch ein ausgeprägtes Stehvermögen und viel Geduld, sondern u. a. auch durch eine engere Vernetzung aller mit seniorenrelevanten Themen befassten Einrichtungen, Institutionen und Parteien erreicht werden. Alle in den Seniorenbeiräten Mitwirkenden sind sich dieser komplexen Aufgabe bewusst.

Der GdP-Fachbereichsvorstand und ich wünschen allen alten und neuen Delegierten, sowie allen wieder oder neu in die Seniorenbeiräte gewählten Mitgliedern für die nächsten vier Jahre eine weiterhin interes-



**Steht für aktive Seniorenarbeit:
Reinhold Knüppel**

sante und zufriedenstellende Aufgabe im Sinne der Verbesserung der Situation von Senioren und Seniorinnen.

**Reinold Knüppel,
Seniorenbeirat Eimsbüttel
GdP-Fachbereichsvorstand Senioren**

ANKÜNDIGUNG

Mitgliederversammlung

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet

am 11. April 2017 um 15 Uhr

im Personalrestaurant des Polizeipräsidiums statt, zu der wir den Leiter des Verfassungsschutzamtes, Herrn Torsten Voß, eingeladen haben, der das Amt seit dem 1. August 2014 von seinem Vorgänger Herrn Manfred Murck übernommen hat. Herr Voß wird uns über die aktuelle Lage der sicherheitsgefährdenden und extremistischen Bestrebungen von Islamisten und der DITIB (ein bundesweiter Dachverband für die Koordinierung der religiösen, sozialen und kulturellen Tätigkeiten der angeschlossenen

türkisch-islamischen Moscheegemeinden in Deutschland), sowie über die aktuelle Situation der Scientology-Organisation und dem Links- und Rechtsextremismus in Hamburg informieren. Wir freuen uns wieder auf eine sehr gut besuchte und informative Mitgliederversammlung. Im Anschluss werden wir Euch über die aktuellen gewerkschaftlichen Themen informieren.

**Klaus-Peter Leiste
Fachbereichsvorsitzender Senioren**

